

Stadtrat

Sitzung am Donnerstag, 27.09.2012

- Ergänzung der Unterlagen -

Öffentliche Tagesordnung

Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)

10. Vorstellung des neuen Vorsitzenden des Ausländer- und Integrationsbeirates, Herrn Khalil Bardag
**Die Vorstellung muss verschoben werden.
Herr Bardag ist beruflich verhindert.**
- 17.1. Entwicklung einer Willkommenskultur
Praxis der Ausländerbehörde - Zeitplan und aktueller Stand
**Tischauflage
Antrag Grüne Liste Nr. 114/2012** 33/009/2012
Beschluss
- 17.2. Barrierefreier Zugang zur Stadtbibliothek
hier:
zum Antrag von Frau Stadträtin Grille Nr. 028/2012 vom 09.03.2012
zum Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 115/2012 vom 24.09.2012
zum SPD-Fraktionsantrag Nr. 116/2012 vom 25.09.2012
**Tischauflage
Behandlung gegen 17:30 Uhr** 50/092/2012
Beschluss
18. Städtebauliche Gesamtmaßnahme "Gewerbegebiet Tennenlohe" -
Einleitung Vorbereitender Untersuchungen gem. § 165 Abs. 4 BauGB
Stellungnahme des Ortsbeirates 611/140/2012
Beschluss
22. Stadt-Umland-Bahn - Beschluss zum weiteren Vorgehen
Behandlung gegen 18:00 Uhr.
- **Ergänzungsantrag der SPD, Grünen Liste, ÖDP, Erlanger Linke
und StR Heinze**
- **Schriftwechsel Stadt / Bay. Staatsministerium für Wirtschaft,
Infrastruktur, Verkehr und Technologie**
- **EN vom 27.09.2012** 613/101/2012/1
Beschluss

Gegen 20:00 Uhr ist eine Sitzungspause mit Imbiss vorgesehen.

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
WMC-KK002

Verantwortliche/r:
Ausländerbehörde

Vorlagennummer:
33/009/2012

Entwicklung einer Willkommenskultur

Praxis der Ausländerbehörde - Zeitplan und aktueller Stand

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	27.09.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis. Der Fraktionsantrag der Grünen Liste Nr. 114/2012 ist somit bearbeitet.

II. Begründung

Die Fragen der Grünen Liste zu Zeitplan und aktuellem Stand der eingeleiteten Maßnahmen werden wie folgt beantwortet:

Der Erstkontakt mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte wurde durch den Ausländer- und Integrationsbeirat geknüpft. Dabei wurde seitens des Instituts aus personellen Gründen als frühester Zeitraum für die Beratungstätigkeit Herbst 2012 in Aussicht gestellt.

Mit Schreiben vom 10. Mai 2012 wurde der Ausländer- und Integrationsbeirat gebeten, nach Abstimmung mit der Ausländerbehörde die weitere Terminplanung zu übernehmen und einen konkreten Termin im November 2012 zu koordinieren. Ein Termin wurde bisher noch nicht bestätigt.

Dem UNHCR wurden die Akten zu den in der Presse genannten Fällen im März 2012 vorgelegt. Im Juli wurden die Akten zurückgesandt. Mit einer Stellungnahme wurde laut einer früheren Auskunft des UNHCR innerhalb von 2 Monaten gerechnet.

Mit der 3. Bürgermeisterin, Frau Dr. Preuß, und dem Vorsitzenden des Ausländer- und Integrationsbeirates, Herrn Khalil Bardag, kam man in einem persönlichen Gespräch Ende Juli zu dem Ergebnis, das nächste Treffen mit den Initiativgruppen und Organisationen bzw. den politischen Vertretern anzuberaumen, sobald die Stellungnahme des UNHCR vorliegt.

Zuletzt wurde –nach mehrmaliger Nachfrage – erneut im September an unsere Anfrage erinnert, um im nächsten Schritt das ausstehende Treffen vereinbaren zu können.

Beim ersten Gespräch am 15.02.2012 mit den Vertretern der Flüchtlingsorganisationen, sowie Stadträtinnen und Stadträten wurden die verschiedenen Organisationen gebeten, die ihnen bekannt gewordenen Schwerpunktthemen zu schildern, um sie in dem zu erstellenden Handlungsleitfaden berücksichtigen zu können. Im März gingen von 6 verschiedenen Organisationen/Stellen (EFIE, Internationales Frauencafe, AWO Flüchtlingsberatung, AWO Migrationsberatung, Flunterl, Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde) entsprechende Schreiben ein, deren Anregungen nach Abschluss der Beratungen durch das Deutsche Institut für Menschenrechte in den Handlungsleitfaden einfließen werden.

Verschiedene Fragestellungen bezogen sich auf den Themenkomplex „Abschiebungen“. Dazu hat der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Hr. Dr. Schmidt, in der Stadtratssitzung vom 26.04.2012 Stellung bezogen.

Anlagen: Fraktionsantrag GL, Nr. 114/2012

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 24.09.2012
 Antragsnr.: 114/2012
 Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
 Zust. Referat: III/33
 mit Referat:



Stadtratsfraktion

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
 Oberbürgermeister
 Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
 e-mail: gruene-liste@erlangen.de
 http://www.gl-erlangen.de

Bürozeiten:
 Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 24.09.2012

**Antrag zum Stadtrat am 27.9.12:
 Entwicklung einer Willkommenskultur
 Praxis der Ausländerbehörde - Zeitplan und aktueller Stand**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im November letzten Jahres berichteten Flüchtlinge in einer Pressekonferenz über ihre leidvollen Erfahrungen mit der Ausländerbehörde Erlangen. Die darauf folgende öffentliche Diskussion und Kritik öffnete die Türen für einen Veränderungsprozess und anderen Umgang mit Ermessensspielräumen. Inzwischen sind 10 Monate vergangen und es stehen noch viele Schritte aus zu einer „Willkommenskultur“ in Erlangen.

Bitte beantworten Sie in der Stadtratssitzung am 27.9. folgende Fragen:

- Es sollen neue Richtlinien o.ä. für die zukünftige Praxis der Ausländerbehörde/ Umgang mit Ermessensspielräumen entwickelt und im Stadtrat diskutiert werden. Der Stadtrat beschloss, dass das Deutsche Institut für Menschenrechte dabei beratend hinzugezogen wird. Wie ist hier der aktuelle Stand und der Zeitplan?
- Wann findet das nächste Treffen mit der an der Pressekonferenz beteiligten Initiativen und Organisationen statt?
- Wie beim ersten Treffen vereinbart, haben die in der Flüchtlingsarbeit engagierten Organisationen und Initiativen Fragen zu verschiedenen Fällen der Ausländerbehörde eingereicht – sind diese inzwischen beantwortet?
- Die in der Pressekonferenz erwähnten Fälle wurden zur Überprüfung der UNO-Flüchtlingshilfe UNHCR weitergeleitet – gibt es inzwischen ein Ergebnis?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfgang Winkler

F.d.R.: Wolfgang Most

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
V/50/GTA-2834

Verantwortliche/r:
Herr Thomas Grützner

Vorlagennummer:
50/092/2012

Barrierefreier Zugang zur Stadtbibliothek

hier:

zum Antrag von Frau Stadträtin Grille Nr. 028/2012 vom 09.03.2012

zum Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 115/2012 vom 24.09.2012

zum SPD-Fraktionsantrag Nr. 116/2012 vom 25.09.2012

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	27.09.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Ref. II, Amt 24, Amt 42, Amt 50

I. Antrag

Eine Begehung hat ergeben, dass die Stadtbibliothek im Alltag nicht barrierefrei zugänglich ist. Durch Stadtratsbeschluss hat sich die Stadt Erlangen bereits vor 10 Jahren verpflichtet, alle städtischen Bau- und Umbauvorhaben grundsätzlich barrierefrei auszuführen. Da dies bei der Stadtbibliothek (Zugang von der Fußgängerzone) nicht der Fall ist, ist der barrierefreie Zugang jetzt nachzuholen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Barrierefreiheit der Stadtbibliothek herzustellen.

Der Antrag kann von Amt 50 nicht bearbeitet werden, da das Amt für Baufragen nicht zuständig ist.

Die Anträge Nr. 028/2012 vom 09.03.2012 von Frau Stadträtin Grille, der Fraktionsantrag der Grüne Liste Nr. 115/2012 vom 24.09.2012 und der SPD-Fraktionsantrag Nr. 116/2012 vom 25.09.2012 sind damit bearbeitet.

II. Begründung

- siehe I. -

Anlagen:

- Antrag von Frau Stadträtin Grille Nr. 028/2012 vom 09.03.2012
- Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 115/2012 vom 24.09.2012
- SPD-Fraktionsantrag Nr. 116/2012 vom 25.09.2012

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 7.2.09.03.2012

Antragsnr.: 028/2012

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: VI/24

mit Referat: V/50

Barbara Grille M.A.

Einzelstadträtin

Vogelherd 2, 91058 Erlangen

Tel.: 09131/602426

Fax: 09131/602484

E-Mail: stadtraetin_grille@gmx.de

Erlangen, den 9. März 2012

Antrag:

Schnellstmögliche Umsetzung eines vollständig barrierefreien Zugangs zur Erlanger Stadtbibliothek

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Balleis,

mit dem 2010 neu eröffneten Stutterheim'schen Palais, nun Bürgerpalais, haben wir ein besonderes Schmuckstück in Erlangen. Die Auflage bei Sanierungen lautet jedoch – auch entsprechend der *Erklärung von Barcelona*, der wir uns verpflichtet haben –, dass wir neue Gebäude barrierefrei bauen bzw. „alte“ barrierefrei sanieren, was in diesem Fall größtenteils auch geglückt ist – bis wohl auf eine Ausnahme!

Der eigentlich barrierefrei gedachte Zugang vom Osten her ist leider nicht vollständig barrierefrei. Die schwere Türe verhindert einen problemlosen Zugang - nicht nur für körperlich eingeschränkte/behinderte Bürgerinnen und Bürger, sondern ebenso auch für Personen, die mit viel Gepäck oder auch mit Kindern resp. Kinderwagen in die Stadtbibliothek wollen.

Aus diesem Grunde beantrage ich, ...

... diesen Zugang schnellstmöglich vollständig barrierefrei umzubauen.

Ob dies durch den Einbau einer vollkommen neuen, entsprechenden Türe, durch das Anbringen eines dafür entsprechenden Schalters und eines Sensors oder durch eine weitere mögliche sinnvolle Lösung erfolgen kann und soll, ist auch mit dem Behindertenberater der Stadt Erlangen, der Bibliotheksleitung, mit VertreterInnen der Behindertenvereine, SeniorInnen-Vertretern sowie und auch mit einigen Familien mit Kindern/Kinderwagen bei einem Ortstermin zu prüfen.

Zu klären ist auch, wie es überhaupt passieren konnte, dass zunächst eine nicht barrierefreie Türe bei dem doch zumindest vorgesehen barrierefreien Zugang eingebaut werden konnte, denn durch diesen nun erforderlichen Umbau werden wohl nicht unerhebliche Mehrkosten zu erwarten sein. Solch ein Versäumnis sollte zukünftig vermieden werden.

Mit Dank und freundlichen Grüßen!



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 24.09.2012
Antragsnr.: 115/2012
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: V/50
mit Referat:



Stadtratsfraktion

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
e-mail: gruene-liste@erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:
Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 24.09.2012

**Antrag zum Stadtrat am 25.09.2012:
Barrierefreier Eingang Stadtbibliothek**
Mitteilung z. K. Seite 18 der Sitzungsvorlage

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie in der Sitzungsvorlage zum Stadtrat am 25.09.2012 ausgeführt ist, fehlen die Mittel für eine barrierefreie Gestaltung des Eingangs von der Fußgängerzone in die Stadtbibliothek. Die hierfür erforderliche Motorisierung der Türe würde 30.000 Euro kosten.

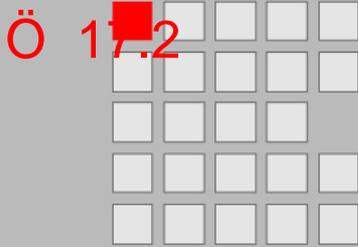
Wir beantragen:

Die erforderlichen Mittel zur barrierefreien Gestaltung des Eingangs der Stadtbibliothek werden bereitgestellt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wencke Seuberling

F.d.R.: Wolfgang Most



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 25.09.2012
Antragsnr.: 116/2012
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: V/50
mit Referat: VI/24

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus
91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Barrierefreiheit auch in der Stadtbibliothek! Antrag zum Stadtrat am 25.09.2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit bitten wir darum, die Mitteilung zur Kenntnis zur Stadtbibliothek (TOP 11.5) zum ordentlichen Tagesordnungspunkt zu erheben und stellen dazu folgenden Antrag:

Der Grundsatzbeschluss des Stadtrates, dass bei Baumaßnahmen in allen städtischen Gebäuden Barrierefreiheit herzustellen ist, muss auch für das sanierte Palais Stutterheim gelten. Soweit dies bei der Sanierung versäumt wurde, muss es möglichst rasch nachgeholt werden.

Da das Gebäudemanagement darauf hinweist, dass Mittel für den barrierefreien Zugang zur Stadtbibliothek fehlen, beantragen wir, diese Mittel umgehend bereitzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

Ursula Lanig
Sprecherin für Kultur

Barbara Pfister
Sprecherin für Bildung

Birgit Hartwig
Sprecherin für Jugend,
Familie und Freizeit

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Datum
25.09.2012

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Durchwahl
09131 862225

Seite
1 von 1

**Auszug aus dem Protokoll 2. Sitzung OBR Tennenlohe 25. Juli 2012:
Städtebauliche Gesamtmaßnahme „Gewerbegebiet Tennenlohe“ -
Einleitung Vorbereitender Untersuchungen gem. § 165 Abs. 4 BauGB**

- I. Herr Weber / Ref. VI erläutert die Beschlussvorlage 611/140/2012, die in der Sitzung des UVPA vom 17.04.2012 auf Antrag von StR Dr. Janik vertagt wurde, um zunächst im Ortsbeirat behandelt zu werden.

Im Bereich des Gewerbegebietes Tennenlohe ist eine städtebauliche Gesamtmaßnahme beabsichtigt. Ziel ist die Neuordnung des Gewerbegebietes und die erstmalige Entwicklung von Gewerbeflächen. Ziel ist dabei den Standort für hochwertiges Gewerbe der Forschung, Entwicklung und Hochtechnologie, sowie IT zu schärfen.

Es soll untersucht werden wie bereits bestehende Gewerbeflächen optimal genutzt werden können. Hierzu sollen vorbereitende Untersuchung durchgeführt werden. Die ungenutzten Flächen sollen aktiviert werden. Minder genutzte Flächen sollen intensiviert werden. Entsprechende Grundstücke sollen durch Verhandlungen mit den Eigentümern an Interessenten veräußert werden. Auch Tauschflächen stehen bereit. Das bereits bestehende Baurecht soll entsprechend genutzt werden. Als Zeitrahmen sind die nächsten 1 bis 2 Jahre angedacht. Anschließend wird eine Entwicklungssatzung erstellt. Anschließend soll entsprechend umgesetzt werden. Derzeit ist der Ausgang und der Umfang noch relativ offen. Aus Sicht von Ref. VI handelt es sich um einen lohnenden Versuch.

Auch in der Diskussion um das Gewerbegebiet G6 wurde dies bereits gefordert. Es war der ausdrückliche Wunsch der Tennenloher und des Ortsbeirates erst die Flächen zu nutzen, die bereits vorhanden sind. Hierbei sollen auch die Planungen für eine mögliche Stadt-Umland-Bahn (StUB) berücksichtigt werden.

Herr StR Thaler lobt die Initiative der Stadt Erlangen und die Vorstellung von Herrn Weber in der heutigen Sitzung des Ortsbeirates und sichert Unterstützung zu.

Der Ortsbeirat bedankt sich bei Herrn Weber für die Ausführungen und ist grundsätzlich mit den geplanten Maßnahmen einverstanden. Es wird gebeten den Ortsbeirat durch regelmäßige Berichte auf dem neuesten Sachstand zu halten.

- II. <Amt 61/Hr. Zwißler> zum Verbleib
III. <Amt 13-2> z.V.

i.A.

Pickel

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 26.09.2012

Antragsnr.: 117/2012

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: VI

mit Referat:

Erlangen, den 26.9.2012

**Ergänzungsantrag zum TOP 22 der Stadtratssitzung am 27.9.2012
Gemeinsamer Antrag der SPD, Grünen Liste, ÖDP, Erlanger Linke und StR Heinze**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die StUB ist ein großes und bedeutendes Infrastrukturprojekt für Erlangen und für die gesamte Region. Da auch bei den Befürwortern einer Anmeldung dieses Projektes beim Bund noch viele Fragen offen sind, sollen diese im Rahmen des weiteren Verfahrens auf dem Weg zu einer endgültigen Entscheidung abgearbeitet werden.

1. Finanzierung

Ein Projekt dieses Ausmaßes wird die Stadt Erlangen und die anderen beteiligten Gebietskörperschaften in erheblichem Maß finanziell belasten. Deshalb muss jede Anstrengung unternommen werden, die Kosten insgesamt und insbesondere für die Stadt Erlangen zu senken und die Fördermittel zu maximieren.

a. Der Stadtrat fordert von den Zuschussgeber (Bund und Land) die Förderpraxis in folgenden Punkten zu verändern. Die Verwaltung wird beauftragt diese Forderungen zu kommunizieren und mit den Zuschussgebern zu verhandeln.

- Förderung auch von Streckenabschnitten ohne eigenen Gleiskörper aber mit Bevorrechtigung für die StUB
- Sonderförderung für eine Hochschullinie Erlangen - Nürnberg (90% statt 80%)
- Sonderförderung für den Landkreis Erlangen-Höchstadt (90% statt 80%)
- Unterstützung des laufenden Betriebs, zumindest der Hochschullinie

Auch wird die Verwaltung beauftragt, von Bund und Land eine belastbare Aussage über die Förderung des Projektes für den Zeitraum nach 2019 einzufordern.

b. Weiterhin ist die Verteilung der Kosten zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften auszuverhandeln. Dabei sollen Erfahrungen aus anderen Städten in ähnlichen Situationen einbezogen werden. Eine stärkere Gewichtung der Nutzerzahlen der StUB soll zu Kostensenkungen für die Stadt Erlangen führen.

2. Bürgerbeteiligung

Die Verwaltung erarbeitet ein umfassendes Konzept zur Information, Konsultation und Einbeziehung der BürgerInnen in die Entscheidungen bei den weiteren Planungen der StUB und legt dieses dem Stadtrat zur Entscheidung vor.

Das Konzept soll weit über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen. Zu prüfen sind dabei insbesondere folgende Instrumente:

- Projektbeirat
- Bürgerforen/ Planungszellen
- Mediation/ Moderation
- Clearingstelle

3. Organisation

Sowohl für Planung und Bau als auch für den Betrieb der StUB sind neue organisatorische Strukturen zu schaffen, da alle drei beteiligten Gebietskörperschaften einbezogen werden müssen und der heutige Betreiber des Erlanger ÖPNV, die Erlanger Stadtwerke, den Betrieb nicht leisten können.

Die Verwaltung wird daher beauftragt, dem Stadtrat Vorschläge für eine Organisation zu unterbreiten, unter deren Dach Planung, Bau und Betrieb der StUB effizient, aber unter Wahrung der Interessen der Gebietskörperschaften, gewährleistet werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
für die SPD-Fraktion

Susanne Lender-Cassens
für die Fraktion der Grünen Liste

Frank Höppel
für die ÖDP

Eckart Wangerin
für die Erlanger Linke

Frank Heinze
StR



f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

I.

Stadt Erlangen

Der Oberbürgermeister

Frau
Staatssekretärin Katja Hessel
Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Infrastruktur, Verkehr und Technik
Prinzregentenstraße 28
80538 München

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon 0 91 31 / 86 22 00
Telefax 0 91 31 / 86 21 12
E-Mail stadt@stadt.erlangen.de
Internet <http://www.erlangen.de>
Az. OBM/13-1/kuf

24. August 2012

Sehr verehrte Frau Staatssekretärin,

mit großem Interesse habe ich in den Nürnberger Nachrichten vom 23. August Ihre unterstützende Stellungnahme für die Straßenbahn von Nürnberg über Erlangen nach Herzogenaurach zur Kenntnis genommen. Unbestritten ist ein derartiges schienengebundenes Verkehrssystem attraktiv, gleichwohl bedeutet es für die betroffenen Kommunen enorme Investitions- und Folgekosten.

Sehr verehrte Frau Staatssekretärin, Ihr Haus hat es in der Hand, den betroffenen Gebietskörperschaften die Investitionsentscheidung zu erleichtern. Sagen Sie uns zu, dass die StUB wie die U-Bahn nach Garching mit 90 Prozent gefördert wird und sagen Sie uns weiter zu, dass die Straßenbahntrassen, die nicht auf eigenen Bahnkörpern verlaufen, vollständig von Ihrem Ministerium bezuschusst werden wie dies in vielen anderen Bundesländern üblich ist.

Ich freue mich auf Ihre verbindliche Zusage und verbleibe mit freundlichen Grüßen



Dr. Siegfried Balleis

I.

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Herrn Staatsminister Martin Zeil
Prinzregentenstraße 28
80525 München

Stadt Erlangen

Der Oberbürgermeister

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon 0 91 31 / 86 22 00
Telefax 0 91 31 / 86 21 12
E-Mail stadt@stadt.erlangen.de
Internet <http://www.erlangen.de>
Az. OBM/ke009

28. August 2012

Sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident,

wie Ihnen vermutlich bekannt ist, werden in den Städten Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach derzeit Überlegungen über eine Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 von Nürnberg über Erlangen nach Herzogenaurach bzw. Uttenreuth angestellt. Mit Preisstand 2006 belaufen sich die Gesamtkosten für das Projekt „Stadt-Umland-Bahn“ (StUB) auf ca. 280 Millionen Euro. Das Projekt ist mit einem Nutzen-Kosten-Indikator von 1,10 nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz grundsätzlich förderfähig und befindet sich derzeit zur Prüfung in Ihrem Ministerium.

Im Rahmen der Föderalismusreform I ist vereinbart worden, dass der Bund ab 2019 nicht mehr für die Gemeindeverkehrsfinanzierung zuständig ist. Seit der Reform stellt der Bund für die entfallenen Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz im Rahmen des so genannten Entflechtungsgesetzes noch jährlich 1,34 Milliarden Euro zur Verfügung. Diese können von den Ländern für den Neu- und Ausbau von kommunalen Schienenwegen und Straßen eingesetzt werden. Die Mittel sollen jährlich abgesenkt werden und ab dem Jahr 2020 vollständig entfallen.

Realistischerweise wird das Projekt zur Verlängerung der Straßenbahn nicht bis 2019 abgeschlossen sein. Ich wäre Ihnen daher sehr dankbar, wenn Sie mir verbindlich mitteilen könnten, ob der Freistaat Bayern in die Finanzierung einsteigt, die bisher der Bund geleistet hat. Dies würde uns die erforderliche Planungssicherheit gewährleisten.

Ich sehe Ihrer Antwort vor allem deshalb mit großem Interesse entgegen, da der Stadtrat der Stadt Erlangen am 27. September 2012 entscheiden muss, ob die Planungen zur Verlängerung der Straßenbahn aufgenommen werden sollen oder nicht.

Zu Ihrer Kenntnis habe ich Ihnen ein Schreiben zur Finanzierung der StUB beigelegt, das ich in der vergangenen Woche Frau Staatssekretärin Katja Hessel geschickt habe.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Siegfried Balleis

II. OBM z.K.

Stadt Erlangen

Vorab per Fax an:
Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Infrastruktur, Verkehr und Technik
Prinzregentenstraße 28
80538 München

Der Oberbürgermeister

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon 0 91 31 / 86 22 00
Telefax 0 91 31 / 86 21 12
E-Mail stadt@stadt.erlangen.de
Internet <http://www.erlangen.de>
Az. OBM/kei

20. September 2012

Grundsatzentscheidung Stadt-Umland-Bahn/ Finanzierung

Sehr verehrte Frau Staatssekretärin Hessel,

ich möchte Sie freundlich an mein Schreiben vom 24. August 2012 erinnern, in dem ich Sie um die Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technik bei der Finanzierung der Stadt-Umland-Bahn (StUB) gebeten habe. Wie Sie wissen, entscheidet der Stadtrat der Stadt Erlangen am 27.09.2012 über dieses Infrastrukturprojekt, das die größte Einzelinvestition in der Geschichte der Stadt Erlangen darstellt.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir bis dahin eine Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Siegfried Balleis

Ö 22

Bayerisches Staatsministerium für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Staatssekretärin Katja Hessel, MdL

WV 27109 9^{so}

Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
80525 München

Oberbürgermeister der Stadt Erlangen
Herrn Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Per Fax 09131/862112

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht vom
24./28.8.2012

Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
VII/4 - 7170/540/4

Telefon
089 2162-2505
Telefax
089 2162-2760

München,
26.09.2012

Oberbürgermeister - Eingang		
26. SEP. 2012 B 2409		
Ref. VI	ZwBescheid	bis / am
	U-Entwurf	
Kopie an	Ausl.-Vorlage	
ORM	Rücksprache	
	Ref. Bespr.	

Grundsatzentscheidung Stadt-Umland-Bahn / Finanzierung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für Ihre Schreiben vom 24. und 28. August 2012 bedanke ich mich auch im Namen von Herrn Staatsminister Zeil, der mich auch um die Beantwortung des an ihn gerichteten Schreibens gebeten hat.

Die von Ihnen angesprochenen Punkte sind im Rahmen des Spitzengesprächs am 18. September 2012 in Erlangen zwischenzeitlich thematisiert worden. Insbesondere hatte ich darauf hingewiesen, dass aus meiner Sicht nur ein stufenweises Vorgehen sinnvoll möglich ist, bei dem zunächst die Grundsatzentscheidungen der beteiligten Kommunen erfolgen und damit die Weichen für die Weiterverfolgung des kommunalen Verkehrsprojekts gestellt werden. Erst danach – und letztlich erschöpfend erst zum Ende der Planung – können die Einzelheiten zur Finanzierung geklärt werden.

Ich kann Ihnen aber meine politische Unterstützung dafür versichern, eine Finanzierung für die Stadt-Umland-Bahn (StUB) einschließlich eines substanziellen Beitrags des Freistaats zu gegebener Zeit sicherzustellen. Wie

Hauptgebäude
Prinzregentenstr. 28, 80538 München
Abteilung Landesentwicklung
Bayer. Energieagentur Energie Innovativ
Prinzregentenstr. 24, 80538 München

Telefon Vermittlung
089 2162-0
Telefax
089 2162-2760

E-Mail
poststelle@stmw|vt.bayern.de
Internet
www.stmw|vt.bayern.de

Öffentliche Verkehrsmittel
U4, U5 (Lehel)
18, 100 (Nationalmuseum/
Haus der Kunst)

- 2 -

schon in dem Gespräch zugesagt, werde ich mich insbesondere dafür einsetzen, dass vor dem Hintergrund der regionalen Bedeutung der StUB und der Höhe der nicht zuwendungsfähigen Kosten sowohl eine Änderung des für die Zuwendungsfähigkeit nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ausschlaggebenden Kriteriums des unabhängigen Gleiskörpers geprüft wird und über die Möglichkeiten der GVFG-Förderung hinaus eine ergänzende Förderung der StUB durch den Freistaat Bayern erfolgen kann. Dadurch wäre eine deutliche Reduzierung der kommunalen Finanzierungsanteile möglich.

Abschließend möchte ich als Politikerin der Metropolregion nochmals betonen, dass ich im Zuge der bevorstehenden Grundsatzentscheidung auch aus der Stadt Erlangen ein so klares Votum für die StUB sehr begrüßen würde, wie es von den anderen Kommunen abgegeben worden ist.

Mit freundlichen Grüßen



Katja Hessel

Das Beckenbauer-Prinzip sollte heute nicht ausreichen

Das schlimmste, was der Wende in der Verkehrspolitik drohen könnte, wäre ein taktisches Ja windelweicher Skeptiker

Wenn am heutigen Spätnachmittag der Erlanger Stadtrat für oder gegen eine Stadt-Umland-Bahn (StUB) stimmen wird, sollten die Beobachter genau hinsehen: Der „positive“ Beschluss des Kreistages jedenfalls ist kein Vorbild an Verbindlichkeit – möglicherweise ist deshalb auch die Mehrheit so groß dafür ausgefallen.

ERLANGEN – Dem Herzogenauracher Bürgermeister und SPD-Kreisrat German Hacker ist wohl kaum zu widersprechen, wenn er vor einer Überbewertung des „zaghaften Ja“ des Kreistages zur StUB warnt. Wer sich – wie am letzten Freitag im Landratsamt Erlangen-Höchstadt – alle Optionen offen hält, eine Kehrtwendung zu machen, wenn es ernst wird, also anfängt finanziell weh zu tun, dem ist nicht zu trauen. So jedenfalls

Hackers sicher nicht ganz unbegründeter Verdacht.

Die Erlanger Stadträte wären jedenfalls für die heutige Sitzung gut beraten, wenn sie sich nicht (wahl-)taktisch verhalten und einem Projekt zustimmen würden nach dem Beckenbauer-Motto: Schaunmermal, dann sehmerscho. Die Versuchung, nach außen den Fortschrittsfreund zu geben, leise aber auf ein „objektiv“ erzwungenes Scheitern des Projekts zu setzen, ist leider nicht von der Hand zu weisen.

Appetithäppchen

Etwas erleichtert wird solche „Geschmeidigkeit“ aber auch durch Versuche, das Projekt in Appetithäppchen zu zerlegen, um es leichter verdaulich und damit zustimmungsfähig zu machen. So warten die SPD, die

Grüne Liste, die ÖDP, die Erlanger Linke und der Stadtrats-Pirat mit einem Ergänzungsantrag zur heutigen Stadtratstagesordnung auf, indem sie betonen, es müsse „jede Anstrengung unternommen werden, die Kosten insgesamt und insbesondere für die

MEINUNG & HINTERGRUND

Stadt Erlangen zu senken und die Fördermittel zu maximieren“. Diese Selbstverständlichkeit wird dann flankiert von dem Verlangen nach erhöhten Förderquoten, aber auch nach der Neuverhandlung des Kostenschlüssels nach einer Nutzerquote statt des Territorialprinzips – was die anderen StUB-Partner sicher freuen dürfte.

Das alles, wie auch die Forderung nach einer ausführlichen Bürgerbeteiligung durch zum Teil neu zu schaffende Foren und Beiräte, ist gewiss aller Ehren wert. Ob es der Klärung der Frage dient, ob es zu einem Paradigmenwechsel im öffentlichen Personennahverkehr in Erlangen (und Teilen des Landkreises) kommen soll, ist allerdings eher fraglich.

Das nicht wenige Geld, das heute zum Ausbau eines T-Netzes benötigt wird, wäre erst der Auftakt für eine neue Verkehrspolitik. Ob diese neue Verkehrspolitik – die von Fachleuten als unvermeidlich prognostiziert wird – heute eingeleitet wird, hängt erkennbar von echten Überzeugungen und klaren Mehrheiten ab. Sonst könnte, sonst wird die nächste Kommunalwahl jeden Beschluss wieder „kassieren“ – so, oder so. PETER MILLIAN

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Tischauflagen -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 17.1 Entwicklung einer Willkommenskultur Praxis der Ausländerbehörde - Z	
Beschlussvorlage 33/009/2012	2
Fraktionsantrag GL Nr. 114/2012 33/009/2012	4
TOP Ö 17.2 Barrierefreier Zugang zur Stadtbibliothek	
Beschlussvorlage 50/092/2012	5
Anlage 1_Antrag von Frau Stadträtin Grille Nr. 028/2012 vom 09.03.2012	6
Anlage 2_Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 115/2012 vom 24.09.2012 50/0	7
Anlage 3_SPD-Fraktionsantrag Nr. 116/2012 vom 25.09.2012 50/092/2012	8
TOP Ö 18 Städtebauliche Gesamtmaßnahme "Gewerbegebiet Tennenlohe" - Einleitung	
Anlage 4: Auszug aus Protokoll OBR Tennenlohe 25.07.2012 611/140/2012	9
TOP Ö 22 Stadt-Umland-Bahn - Beschluss zum weiteren Vorgehen	
Gemeinsamer Antrag der SPD, Grünen Liste, ÖDP, Erlanger Linke und StR	10
Schreiben vom 24.08.2012 613/101/2012/1	12
Schreiben vom 28.08.2012 613/101/2012/1	13
Schreiben vom 20.09.2012 613/101/2012/1	14
Antwortschreiben vom 26.09.2012 613/101/2012/1	15
EN 27092012 613/101/2012/1	17
Inhaltsverzeichnis	18